

Bezugspreis:

Wochenblatt 10,50 Mk., monatlich 3,00 Mk. ...

Anzeigenpreis:

Die abgegebene Kompositionelle ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 23. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Gegen das Schiebergesindel.

Run haben wir auch unseren Gastwirte streik gehabt. Zwei Tage lang waren alle Gaststätten Groß-Berlins geschlossen.

Und der Grund für diesen Generalstreik der Gastwirte? Die neue Verordnung betreffend die Wuchergerichte schneidet den Gastwirten nach ihrer Meinung jede Möglichkeit wirtschaftlicher Existenz ab.

Rechtferdig nun diese neue Verordnung ein solches Verhalten, und was ist an ihr überhaupt neu?

Die Verordnung spricht in keiner Beziehung ein neues Verbot aus. Alles das, was die Gastwirte unterlassen sollen, war bisher bereits verboten und mit Strafe bedroht.

Schon bisher war mit Strafe bedroht, wer Lebensmittel, für die Höchstpreise festgelegt sind oder die sonst einer Verhöhrerregung unterliegen, zum Zwecke der Weiterveräußerung erwirbt.

Niemand, der die Interessen der wirklich wertmäßigen Bevölkerung denen vorzieht, die keine Sarantke in der Befriedigung ihrer täglichen Lebensbedürfnisse kennen und zu kennen brauchen, wird einen anderen Standpunkt einnehmen können als den vollkommener Billigung der neuen Verordnung.

Geradezu eine Wohlthat ist die weitere Bestimmung, wonach die Ausfuhr der lebenswichtigen Gegenstände ohne Genehmigung unter Strafe gestellt ist.

Wir sollen nach dem Friedensvertrage 125 000 Milchfäße an die Entente ausliefern. Wir haben sie nicht, und haben in feierlichen Redewendungen wiederholt den Segnern vorgestellt, daß die Erfüllung dieses Verlangens einen Massenkindermord bedeutet.

Der Reichswirtschaftsminister hat sich nicht auf Getreide und Vieh wie überhaupt auf Lebensmittel beschränkt, sondern in einer besonderen Bekanntmachung neunzehn Arten von Waren aufgeführt, die als lebenswichtig anzusehen sind.

Die Internationale in London.

Für internationale Kraftanspannung.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Rotterdam, daß der Vollzugsrat der Internationale auf seiner unter dem Vorsitz Hendersons in London abgehaltenen Versammlung eine Entschließung annahm, in der gefordert wird, daß an Stelle der Politik der Bündnisse und des europäischen Machtgleichgewichts die internationale Politik des Völkerbundes, die allein zur Abrüstung führe, zu setzen sei.

Der Internationale Kongress verlegt.

Reuter, meldet aus London: Der Aktionsausschuss der Internationale, der in London zusammentrat, beschloß, den für den Februar angelegten Internationalen Kongress in Genf bis zum 31. Juli zu verlegen und Abordnungen nach Rußland, Deutschland und Polen zu schicken.

Sie werden vernünftig.

Wie aus London gemeldet wird, hat das Unterhaus einen Abänderungsantrag zum Fremdenrecht angenommen, demzufolge früher feindliche Ausländer nur dann ausgewiesen werden dürfen, wenn eine begründete Anlage gegen sie vorliegt.

eigentlich außer den Schleichhändlern und Wuchern selbst wohl kaum jemand etwas einzuwenden. Die Bewegung unter den Gastwirten ist wohl im wesentlichen nur durch die allerdings sehr beträchtlich verhärteten Strafen und durch das neu eingeführte kurze summarische Verfahren entstanden.

Wir können zu diesen neuen Bestimmungen nur unsere volle Zustimmung erklären. Die Berichte werden gewiß sorgfältig prüfen und sich nicht leicht entschließen, einen unbestraften Angeklagten im ersten Falle ins Zuchthaus zu schicken.

Vor den neu eingeführten Wuchergerichten scheinen sich die Schleichhändler besonders zu fürchten. In der Tat darf man hoffen, daß diese Gerichte mehr erreichen werden als es bisher möglich war. Sie sollen aus fünf Richtern zusammengesetzt werden, von denen drei beamtete Richter und zwei Schöffen sind.

Bedingungslose Unterzeichnung?

Gegenwärtig wird in Paris noch an der Fertigstellung der Antwort an Deutschland beraten. Eine Meldung der „Agence Havas“ hält für wahrscheinlich, daß die Entente die Forderung der unbedingten Unterzeichnung aufrecht erhält.

Die französischen Generalratswahlen.

Nach Aufstellungen der Agentur Havas sind bei dem zweiten Wahlgang für die französischen Generalratswahlen gewählt: 407 Konservative und Mitglieder der Action libérale, 1207 Fortschrittliche und Entschleunigte, 1190 Radikale, Radikalsozialisten und Sozialistische Republikaner, 167 Unaffilierte Sozialisten.

Teuerungszulagen für Beamte.

Nachdem die Reichsfinanzverwaltung unter Zustimmung des Haushaltsausschusses der Nationalversammlung angekündigt hat, daß den Reichsbeamten für die Zeit vom 1. Januar 1920 bis zum Inkrafttreten der bereits in Arbeit befindlichen Besoldungsreform eine Erhöhung der laufenden Teuerungszulage um 50 Proz. gewährt werden soll, hat das preussische Staatsministerium in seiner Sitzung vom 23. Dezember beschlossen, vorbehaltlich der später einzuholenden Zustimmung der Landesversammlung den preussischen Beamten die gleiche Zulage zukommen zu lassen.

Die Kohlennot im Reich.

Den Nassauischen Erz- und Hüttenindustrie droht infolge Kohlenmangels Stilllegung. Eine Arbeiterkonferenz forderte sofortige Kohlenbelieferung, da sonst die Katastrophe unvermeidlich würde.

auf Verhandlung, die in wenigen Tagen stattzufinden hat, und Erlaß des Urteils. Das Urteil soll sofort Rechtskraft erlangen, so daß der Verurteilte aus dem Verhandlungslokal in die Strafhaft abgeführt werden kann oder wenigstens unmittelbar danach den Befehl zum Antritt der Strafhaft erhält.

Wir verkennen nicht, daß diese letztere Bestimmung gewisse Bedenken auslösen muß. Richter sind dem Irrtum unterworfen und ein Fehlurteil wird auch bei den Wuchergerichten nicht als ausgeschlossen gelten können.

Es sind übrigens in dem neuen Gesetze gewisse Sicherheiten gegen ein überstürztes Verfahren vorgesehen. Wenn sich herausstellt, daß die Sache sich nicht zur schleunigen Aburteilung eignet, so muß das Wuchergericht die Sache an das ordentliche Gericht verweisen.

Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Um die furchtbaren Wirkungen der Arbeitslosigkeit, die durch die Demobilisierung einsetzte, abzumildern, ist bekanntlich die Erwerbslosenfürsorge geschaffen worden. Ihr engharigster Zweck war und ist, den Personen Erwerbslosenunterstützung zu gewähren, die Arbeitslosigkeit als Kriegsfolge nachweisen können.

Bestehen bleiben. Für die kommenden Zeiten muß durch eine Arbeitslosenversicherung dafür gesorgt werden, daß allgemein bei Arbeitslosigkeit das schaffende Volk vor der größten Not geschützt wird. Die Einführung der Arbeitslosenversicherung ist eine alte Forderung der Sozialdemokratischen Partei, wie auch der Gewerkschaften. Dieser Forderung entspricht ein vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteter Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung, aus dem die „Dff. Stg.“ in der Lage ist, einen Auszug zu veröffentlichen.

Die wesentlichsten Bestimmungen sind folgende:

Der Gesetzentwurf umfaßt 117 Paragraphen. Im ersten Abschnitt wird der Umfang der Versicherung geregelt. Versicherungspflichtig sind vom 16. Jahre ab Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, Handlungsgehilfen und Gehilfen in Apotheken, Bäumen- und Orchestermitgließer ohne Rücksicht auf den Anspruch der Leistungen und die Schiffbefahrung deutscher Seefahrzeuge oder Fahrzeuge der Binnen-schiffahrt.

Versicherungsfrei sind Beamte in Betrieben oder im Dienste des Reiches, eines Landes, eines Gemeindeförderungsbereiches, einer Gemeinde oder eines Versicherungsträgers (Arbeitgeber), soweit ihre Entlassung nur aus einem wichtigen Grunde stattfinden kann.

Der zweite Abschnitt umschreibt den Gegenstand der Versicherung. Dieser ist die Gewährung einer Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und die Bereitstellung von Mitteln zur Beschäftigung von Arbeitslosen. Arbeitslosenunterstützung erhält, wer mindestens in den 12 Monaten vor Eintritt der Arbeitslosigkeit 26 Wochen hindurch Beiträge geleistet, wenn er arbeitsfähig ist, aber nach Verschleierung durch den Arbeitsnachweis eine passende Arbeit innerhalb drei Tagen seit Verlassen seiner letzten Arbeitsstelle nicht gefunden, und während des laufenden Kalenderjahres seinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung in der Höhe von insgesamt 12 Wochen noch nicht erschöpft hat.

Arbeitslosenunterstützung wird nicht gewährt, wenn der Versicherte seine Stelle infolge eines Streiks verloren hat für die Dauer des Streiks, ohne seine Stelle freiwillig ohne triftigen Grund aufgegeben hat, oder wegen schuldhaften Verhaltens entlassen wurde. Die Zahlung kann belassen, daß in diesen Fällen die Unterstützung nach einer Arbeitslosigkeit von mehr als drei Wochen dennoch eintritt.

Die Arbeitslosenunterstützung wird vom dritten Tage der Arbeitslosigkeit ab in Höhe des Ortslohnes (§§ 149 ff. der RVO), der am Orte der Kasse maßgebend ist, gewährt. Für ledige Versicherte, für Arbeiter in Saisonbetrieben und bei Arbeitslosigkeit, die mehr als sechs Wochen beträgt, kann die Unterstützung auf die Hälfte des Ortslohnes herabgesetzt werden. Wird bei Versicherten ein Wohnungswechsel durch die Arbeitslosigkeit erforderlich, so kann die Kasse eine Unterstützungshilfe gewähren.

Die Unterstützung kann ganz oder zum Teil versagt werden, wenn der Versicherte die Kasse durch eine fahrlässige Handlung geschädigt hat, die mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht ist, wenn er wiederholt wegen Trunksucht oder geschlechtlicher Ausschweifungen arbeitslos geworden, oder sich schuldig der Heberausgabe entzogen hat.

Als Träger der Arbeitslosenversicherung werden Arbeitslosenkassen errichtet, welchen das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben. Die Wahlberechtigten wählen jeweils die Hälfte der Ausschussmitglieder in getrennten Wahlgängen unter Leitung des Vorstandes der allgemeinen Ortskassenklasse.

Die Aufbringung der Mittel erfolgt in der Weise, daß die Arbeitgeber und die Versicherten für jede Woche zu gleichen Teilen Beiträge entrichten. Die Beiträge des Reiches und des Gemeindeförderungsbereiches betragen je ein

Viertel der eingegangenen Beiträge der Arbeitgeber und der Versicherten zusammen.

Der Grundgedanke dieser Versicherung ist nur zu begrüßen. Aufgabe unserer Vertreter in der gesetzgebenden Körperschaft wird es sein, etwa vorhandene Einseitigkeiten — wir erinnern nur an die Bestimmung über Streik, den ja sehr oft die Unternehmer provozieren — auszumergen.

Der auferstandene Hüssener.

Mehrere Jahre vor dem Krieg erreichte der Fall eines Fähnrichs zur See Hüssener größtes Aufsehen. Hüssener war nachts von einem Soldaten angerempelt worden und schoß diesen, als er sich der Feststellung durch die Flucht entziehen wollte, nieder.

Es scheint, daß derartige Fälle sich jetzt wiederholen sollen. Jedenfalls teilt der Bezirksverband „Wasserfront“ des Republikanischen Führerbundes zwei Vorkommnisse mit, die mit dem Fall Hüssener die größte Ähnlichkeit haben.

Der erste Falle betrifft den Leutnant zur See R. (Der volle Name wird nicht mitgeteilt). Dieser stellte am Freitag, den 12. Dezember, den Materialien-Verwaltungs-Oberamtmann R. wegen Nichtgrühens zur Rede. R., der aus dem Lager kam, wo er wegen Augenerkrankung seit mehreren Wochen in Behandlung ist, will infolge seines Augenleidens den Offizier nicht als solchen erkannt haben. Anstatt diesen Grund aber geltend zu machen, beging R. die Torheit, aus Furcht vor Strafe davonzulassen. Das war sicher nicht richtig. Trotzdem muß es als ungeheuerlich erscheinen, daß der Offizier sofort aus seinem Revolver hinter ihm her schoß.

Der zweite Fall wird illustriert durch folgende Meldung des Kapitän Hagdorn, Kiel, vom 10. Dezember:

Der Obermatrose R. . . . L. R.N.L.D., postierte mich, ohne mich zu grüßen. Als ich ihn fragte, warum er mich nicht gegrüßt habe, gab er keine Antwort, ging weiter und lief dann fort. Erst durch Schreihungen mit der Schußwaffe brachte ich ihn zum Stehen. Am Mitteilung des Veranlassigen wird gebeten.

Die Fälle müssen uns so mehr aufsehen erregen, als der einseitige Gruppzwang durch Verletzung des Reichswehrministers abgehandelt und durch die gegenseitige Grupplichkeit ersetzt ist. Es ist jedenfalls unglücklich, wenn wegen derartiger geringfügiger Vergehen geschnitten wird. Man berufe sich auch nicht auf das Interesse der Disziplin. Derartige barbarische Mittel zur Aufrechterhaltung der Disziplin sollten zu den ein für allemal überwindenen Einrichtungen des alten Systems gehören. In der Republik ist kein Platz für sie.

Wie wir erfahren, wird vom Reichswehrministerium eine Untersuchung der Fälle in die Wege geleitet.

Arco macht Eulenburg.

Der Nord am bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner wird, wie die „Deutsche Journalpost“ mitzuteilen weiß, ungefährlich bleiben. Der Mörder Eisners, der Studiosus und Leutnant Graf Arco-Valley ist nämlich, wie eine nochmalige ärztliche Untersuchung ergeben hat, dauernd verhandlungsunfähig, so daß eine Verhandlung gegen ihn nicht stattfinden kann. Die Staatsanwaltschaft am Landgericht I München hat bereits durch ihren Vertreter, den ersten Staatsanwalt Hofm, mitteilen lassen, daß drei ärztliche Gutachten über den gegenwärtigen Gesundheitszustand des Grafen eingeholt seien. Alle drei Gutachten haben nun übereinstimmend ergeben, daß eine Verhandlung gegen den Grafen eine unmittelbare Lebensgefährdung bedeuten würde, da eine der Augen, die dem Mörder nach der Tat von dem das Landtagsgebäude bewachenden Wachen noch gefolgt wurde, lose im Ge-

hirn lag und hier fortwährend neue Eiterungen hervorruft. Eine Verlagerung des Geschosses erscheint jedoch nicht möglich und ebensowenig eine operative Entfernung.

Diese Nachricht wird nicht verfehlen, außerstes Ver fremden hervorzurufen. Man wird im Volke nicht verstehen, warum immer dann, wenn ein gräßlicher Verbrecher in Frage kommt, heiße er Arco, heiße er Eulenburg, sich seiner Aburteilung unübersteigliche Schwierigkeiten in den Weg stellen. Aber gerade in diesem Falle fragt man sich: Warum die zarte Rücksichtnahme? Es handelt sich doch um einen Mörder, der seinerseits auch keine Rücksicht auf das Menschenleben genommen hat, das er vernichtete, und das wertvoller war als sein. Mag er die Verhandlungen nicht aushalten, sein Leben ist ohnehin verwirrt. Wenn die Marlo, Arco usw. frei herumlaufen, dann darf man sich schließlich nicht wundern, wenn im Volke der Gedanke der Selbstjustiz aufkeimt.

Amtniederlegung Hörings.

Reichs- und Staatskommissar Höring hat, nachdem die Reichs- und Staatsregierung seiner Bitte um Enthebung von seinem Posten nachgegeben haben, am Montag sein Amt niedergelegt. Die bisherigen Deputierten des Reichs- und Staatskommissars in Breslau und Kattowitz sind damit aufgestellt. Zur erledigung schwebender Anträge ist eine Abwicklungsstelle unter Dr. Gotthilf-Breslau eingerichtet worden.

Reichshilfe für die vertriebenen Elsäßer.

In der deutschen Nationalversammlung fand kürzlich eine Anfrage über die Räte der aus Elsäß-Lothringen vertriebenen Deutschen auf der Tagesordnung. Es waren 6 Punkte, auf die Unterstaatssekretär Dr. Sewald in seiner Antwort im Namen der Reichsregierung einging, deren erster die Frage der Entschädigung der aus ihrer Heimat verdrängten Deutschen behandelte. Hinsichtlich der Kriegsschäden, für die schon durch das Gesetz vom Juli 1918 Entschädigungen gewährt werden, sind die Festsetzungsausfälle bereits ernannt und in Arbeit. Bezüglich der sogenannten Liquidationsschäden, d. h. derjenigen Schäden, die die Franzosen durch Zwangsliquidation deutschen Vermögens veranlassen haben, ist die Ersatzpflicht des Reichs bereits festgelegt durch das Gesetz vom 30. August 1919 über die Ausführung des Friedensvertrags. Maßnahmen darüber sind in Vorbereitung. Es fehlt aber noch eine gesetzliche Grundlage für die Gewährung von Entschädigung bei sog. Verdrängungsschäden. Um dem dringenden Bedürfnis der Vertriebenen Rechnung zu tragen, sollen nunmehr sofort Richtlinien erlassen werden, auf Grund deren vorläufige Entschädigungen gewährt werden können.

Hinsichtlich des Transports der Elsäßer, den 2. Punkt in der Antwort des Herrn Unterstaatssekretärs, ist ein Abkommen mit Frankreich getroffen worden, das dieser Tage in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht worden ist. Die Kosten für den Transport sollen, wie jetzt ergänzend gesagt werden kann, ganz vom Reich übernommen werden.

Die dritte Angelegenheit war die wichtige Frage der Unterbringung der Beamten in angemessenen Stellungen des deutschen Vaterlandes. Das Reich hat sich bereit erklärt, die Rentenslasten anteilmäßig zu übernehmen soweit die einzustellenden Beamten das 35. Lebensjahr überschritten haben.

An vierter Stelle erwähnte Unterstaatssekretär Dr. Sewald anerkennend die Leistungen des Hilfsbundes für die Elsäß-Lothringer. Der Hilfsbund hat die Aufgabe, neben der Abstellung für Elsäß-Lothringer im Reichsministerium des Innern und neben der dem Roten Kreuz übertragenen all-

Das Grab der Welt.

Von Kurt Erich Neure.

Angesichts der gegenwärtigen politischen Situation ist man geneigt, auch Dokumenten wider den Krieg skeptisch gegenüber zu stehen, denn: „Dah Abel kinderlos starb, ist der fortwirkende Fluch der Welt“. Diese erschütternde Erkenntnis legt der Dichter Paul Bach einem bläulichen Alten in den Mund nach einer Pflichtenlehre, die in ringender Gerechtigkeit die Schuld gerichteter Franzosen dem Weltgewissen überantwortet.

Man will bedenken, daß eine solche Erkenntnis bereits das Werk jedes literarisch dokumentierten, das viel mehr als ein pazifistisches Manifest tendenzloses Kunstwerk ist. Aber die Suggestion des Kunstwerks ist so stark, daß stürmischer in uns Wille und Sehnsucht wächst, es möchte eine unerbittliche, immer aufs neue geübte Prüfung die von Kain ertöteten Jesuiten in uns allen zum mindesten beschwichtigen. Darum durfte sich keine Dichtung „Das Grab der Welt“, das im Advent des unbefugten Jahres 1919 der Verlag Hoffmann u. Campe darbringt, mit Zug „eine Passion wider den Krieg auf Erden“ nennen und sie, deren Veröffentlichung der Genf der Oberkommandos in den Marken Oktober 1918 bereitete, jenen Menschen widmen, die Verantwortlichkeitsgefühl genug haben, Mörder nicht zu ehren.

Schon in den jüdischen gebämmerten Rhythmen der Bergwerks-Sonette „Das schwarze Revier“, in den halluzinatorischen Gedichtkomplexen der „Eisernen Brücke“ zeigte es sich, daß die deutsche Epik durch Bach schließend Blut gewinnen würde. Er gab eine neue, aktive und überlegene Komposition der Sprache und erzielte produktive Wirkungen, indem er ein elektrisches rotierendes Band zwischen Fläche und Kosmos spannte. Kommt dazu sein glühendes eingeborenes Ethos — alles in allem eine Synthese, die ihm das sehr charakteristische Prädikat „Christus der Landschaft“ eintrug. In der Novellenammlung „Der schwarze Saal“ besiedelte er, der Expressionist, ein Racht-Terrain Jolas, das nun in „Grab der Welt“ die flammenden Signale eines Barbusse überstrahlen.

Eingedröhnt von zwei überlebensgroßen Tablas, die Krieg und Frieden in Allegorie und Mythos bedauern, und von einem Requiem getönt, das einem Eisfelder Freund, dem Walter Franz Ratz und dem und untergeordneten Dichter Hans Ehrenbaum-Degele geweiht ist, ragt in Jerusalem, von apokalyptischen Donnern und schmerzlichen von der süßen Musik des Daseins umtönt: das Grab der Welt. Schaufel auf Schaufel schleudert menschliches Weisheitsbrei die besabte Scholle empor und der flane Kennenengelung spekulativen Christentums mischt sich in die Totengräberhymnen eines abgewirtschafteten Jahrhunderts. An den Horizonten gewittert der Untergang. Irigendwo rollte Panorama des Krieges die hier: Erglühendes Fort, Salomonstanzgriff . . . Blaus Magnesiumfeuer gestern hinter den Golddrachentänzen der Schrapnelle, die aufspritzenden Erdfäulen gleichen einem Ballett schmalstiftiger Gypsinen — Museum unterirdischer Vespertiden tut sich auf — übermächtig eine Spiegelvision am Klappenschrank, der die mörderischen Befehle weitergibt! — Und das Ergebnis: geräuschlos

Waldschattellen der Rätter und die Tagebuchnotiz eines Gefallenen: „Es ist kein Heroldus, der sich in Massen bildet. Es ist vielmehr ein Rest dummer Tierheit.“

Am Rande der Schlacht jedoch bläst und dunkel flandern und das Gefilde der Voivre-Ebene. Vertropftes Jähll hinter Mähle und Schledhorn! Ameln singen und der grüne junge Koggen befecht, hinzuzufügen, betend ein inbrünstiges „Mutter-Insler“ in gläubiger Erwartung des herausreisenden Lebensfeldes, aus dessen Früchten man „das Brot unendlicher Gotteskindheit“ ineten wird. Und in den runden Weibern, von den Knochenfingern der Scheinwerfer betastet, spiegeln sich die Sterne aus Anderland. Die süße Musik des Daseins überdient doch die apokalyptischen Donner, aus-schwingend in dem göttlichen Dreiklang: Kind und Weib und Demut. Ein Paar Frauenprofile hüden vorüber am Rand der Schlacht: Neue Jesus, die Blämin, Jos und Amélie. Und der Dichter Paul Jehu läßt Amélie sagen: „Immer noch haben Sie Worte, die aus Ihnen spritzen wie Blut. Der zerklüftete Mensch ist der Zutünftige dieser Erde. Ich habe darum Ihre Rasse!“

So aber einer die Sprache Goethes und Kants spricht, dieses Urteil der heiligblutigen Gallerin tieft im Peraan träge, hätte er mehr für die Idee des Friedens getan, denn durch die bloße Mitgliedschaft in einer pazifistischen Liga.

Konzert-Umschau.

Auch in einer glanzlosen Musik-Woche kann der aufmerksame Chronist viel lernen, viel beobachten. Und wenn die Tatsache, daß in den Konzerten der abgehempelten Verhältnisse allabendlich ein mußtergeriges, aber ganz und gar nicht geschmackvolles, kultiviertes, verständnisvolles Publikum Verfall droht, auch schon bekannt ist: so bleibt immer wieder erstaunend. Das ist der Erfolg zu vieler Belehrung und Aufklärung? Das ist der beschämende Ausdruck für die gesteigerte Nachfrage nach der Sensation, die Wiederholung einer abstrakten kapitalistischen Wildet-Homierei. Wenn einmal die Programme und nicht die Ausführenden allein bestimmend sind für den guten Besuch der Konzerte, dann werden auch die bisher ohne äußeren Erfolg christlich Strebenden einmal einen vollen Saal haben und die Stars werden es sich abgewöhnen müssen, nur mit alten Schinken hausieren zu gehen.

Daher man ist gewiß ein besonderer Geiger, und vielleicht spielt ihm unter den Lebenden das Brahmsche Konzert keiner so schön und schön nach. Aus seinem bunten Programm erwirkt sich nichts als die Zugabe: das Ade Maria Schuberts, wohl in der Bearbeitung von Mischa Elman. Mit grotesker Sinnhaftigkeit tödt er seinen schönen Ton ab, durch Unterbrechungen, Anläufe, Verschleifungen benachteiligt er die zarte, seine Linie des Gesanges. Aber ich sehe tausend klatschende Hände und Damen in Tränenri verunken. Kunstverstand? Affektiertheit.

Im Nebenraum die Münchener Gäste J. Bogdan und Erb haben gleichfalls keinen guten Tag. Das kunstvoll Gebläse in technischer Vollendung pridel zum Ausdruck zu bringen, ist Aufgabe und Verdienst der Koloraturmeisterin Juggin. So verbräutet sie ihr bestes Teil in der virtuellen Arie. Im Lied sieht die Seele, die Einfühlung roman, besonders bei den in rechter Sangeslust schreibenden Obermann. Und da bleibt sie und manches schuldig. Anders liegt der Fall bei Karl Erb; er will jede Note mit seinem

Derblut tränken, zerfliebt im mozza voos, pflegt gar zu andächtig und sich das Hollet. Die Absicht des mit allen technischen Mitteln und mit selten schöner Stimme bezaubernden Tenors wird zu deutlich, als daß er uns noch von innen her packen könnte. Nimmt es wunder, daß die beiden prächtigen Sänger in Liedern von Wagner, Schubert, Mendelssohn oft zweimal jetzten mußten, wie sie gestielten? Dennoch, sie hatten nicht den besten Tag. Am Klavier aber sah einer, der lepte, webte, sang und komponierte mit: Michael Raucheisen. Kein Begleiter: ein Schöwiler.

Der Klavierspieler, zwei Damen, zwei Männer. Das schwarze Gesellschaft schneidet besser ab. Karl Sturm spielt mit unstabilerm Arm und Anschlag eine „Ocean“ betitelt Konzerte-Stübe von St. Wambbrandi-Stuppach. So was war immer da und wird leider immer sein. Diesmal kein Ocean, sondern ein künstlich angelegelter kleiner See. Und — so paradox es klingt —: trocken. So atmete man erst bei Schumanns G-moll-Sonate auf. Jürgard Hasper ist eine Verheißung. Wer mit so delikatem Ausdruck, wer so frei und ungebunden Schumanns Phantasiestücke op. 12 spielt, der ist über den pianistischen und künstlerischen Durchschnitt längst hinausgewachsen. Etwas mehr Oelonomie und vorbedachte, weniger spontane Einstellung auf Tempo — und die Reife ist da. Die hat Jette Wernow trotz eines sehr selbstbewussten, häufigen Spiels wohl noch nicht. Von technischen Kleinigkeiten abgesehen: er ist als Pianist zu extrem, kennt wenig Ausgleiche zwischen Hart und Weich, f und p, Voltern und Säweln. Sein Variationsstog der Appassionata beginnt prachtvoll, erlebt, kunnig. Aber in der Monotonie dieser sehr behaltene Linie erleidet die Stimmung. Er wird diesen Fehler vielleicht auf einem besseren Flügel schnell verwinden.

Der Bilderschauer des Oldenburger Großherzogs. Die Aufsehen erregende Nachricht, daß der ehemalige Großherzog von Oldenburg wichtige Schätze seiner Galerie ins Ausland verkauft habe, wird nunmehr auf Grund authentischer Mitteilungen im „Citronen“ für falsch erklärt. Der Bildschauer dieser kostbaren Kunstwerke habe lediglich von seinem Recht Gebrauch gemacht, die wertvollsten Bilder der Galerie an einem unbekanntem Ort in neutralen Ausland in Sicherheit zu bringen. Bisher sei aber noch kein einziger Bild verkauft, und auch heute noch stehe der Weg zu Verhandlungen zwischen der Vertretung des Großherzogs und der jetzigen oldenburgischen Regierung offen. Auch heute noch werde dieser die Vorhand gelassen, falls die Bedingungen dem Wert der Schätze entsprechen würden.

Wenn hierzu bemerkt wird, es bestehe noch die Möglichkeit, die Galerie für Oldenburg und Deutschland zu erhalten, so stellt sich diese Angelegenheit so dar, daß die Möglichkeit, den Großherzog die Bilder ins Ausland verschicken zu lassen, trotz aller Proteste noch nicht geboten ist. Im Gegenteil, der Oldenburger gedenkt aus dem allgemeinen Interesse, das den Kunstmännern seit den Verkaufsmeldungen bezugt worden ist, seinen Posten zu verlassen, sogar unter Anwendung von PreSSION. Die Sache bleibt unklar und standlos nach wie vor. Die Hoffnung, daß die Werke sofort aus dem neutralen Ausland nach Deutschland zurückgeführt werden, und zwar vor allen weiteren Verkaufsverhandlungen.

Der Berliner Volkstheater veranstaltet am 22. und 23. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in der Warmfontäne, Neue Friedrichstraße, Aufführungen des Reichs- und Staatskommissars von Noth Seb. Dom. Außer dem Volkstheater und dem Blüthner-Direktor werden mit dem Damen-Thamer-Orfer, Paula Weinbaum und die Herren Bauer und Weisendorfer.

gemeinen Fürsorge die Interessen der Vertriebenen auf allen Gebieten zu fördern und zu unterstützen und damit auch der Abheilung für Elend-Lösungen hilfreich zur Hand zu sein.

Eine bedeutsame Frage ist für die vertriebenen Elend-Lösungen das Siedlungsweesen (Punkt 5 der Antwort). Das Siedlungsbedürfnis der vertriebenen Elend-Lösungen ist sehr groß und kann im Rahmen der einzelnen Länder nicht leicht und nicht in genügendem Maße durchgeführt werden. Es soll nun mehr dafür gesorgt werden daß den Elend-Lösungen eine entsprechende Beteiligung an den Siedlungsunternehmungen sichergestellt wird.

Schließlich wurde noch angefragt die Errichtung eines besonderen Referats für Arbeiterfragen in der Abteilung für Elend-Lösungen. Da es dringlich erscheint, daß für die sehr zahlreich an Elend-Lösungen verdrängten Arbeiter gesorgt wird, so wird jetzt dem Wunsch der Beteiligten entsprechend, ein bewährter Gewerkschaftssekretär in die Abteilung Elend-Lösungen einberufen werden.

Kleine politische Nachrichten.

Eine Bürgermeisterwahl. Zum Bürgermeister von Hamburg wählte der Senat unseren Genossen Otto Stollen, Mitglied der Nationalversammlung.

Reffels Gastentlassung. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bringt längere Ausführungen, in denen die Gastentlassung Reffels mit juristischen Gründen gerechtfertigt werden soll. Eine Verdunkelungsgefahr bestehe offenbar nicht, denn die Ermittlungen seien abgeschlossen. — Wir müssen dabei bleiben daß bei der ganzen Sache, die Reffel im Marck-Process gespielt hat, sowohl Fluchtgefahr wie Verdunkelungsgefahr dauernd bei ihm angenommen werden muß. Ein Mann, der Zeugen zu beeinflussen sucht, kann dies auch nach Abschluß der Ermittlungen tun.

Kohlennot in Hamburg. In der Zeit vom 26. Dezember bis 1. Januar 1920 einsehl. werden sämtliche Straßenbahnen von Hamburg-Altona wegen der verarmtesten Kohlenlage den Betrieb einstellen. Die Alsterschiffahrt stadt ab Dienstag. Diese Maßnahmen sind erforderlich, um die Lichtverförmung und die wichtigsten Lebensmittelbetriebe in wenigstens beschränktem Maße aufrechtzuerhalten.

Kein Straßenbahnverkehr in Düsseldorf. Infolge Kohlenmangels wird am 1. Weihnachtsfeiertage und am darauffolgenden Sonntag und am Neujahrstage der Straßenbahnverkehr stillgelegt.

Wahlrecht der Däniger Wahl. Die Nachricht, daß die Polen in Dänzig die Wahlen angefordert haben, bestätigt sich nicht. Alle Parteien haben die Wahlen bestätigt.

Heimkehr aus englischer Kriegsgefangenschaft. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Von den bisher noch in England zurückgehaltenen Gefangenen — ihre Zahl wurde am 9. Dezember von dem Prisoner of War-Informationsbureau in London auf 3321 beziffert — kehren 1800 Mann in den nächsten Tagen heim. Sie werden von den deutschen Dampfern „Siboga“ und „Belgia“ abgeholt, die am 26. Dezember in Hull zur Einschiffung bereit sein werden. Voraussichtlich sind es die Internierten der Gefangenenlager Wakefield und Ripon, die hierbei heimgeschafft werden.

Die Mutter Trostis verhaftet. Der Korrespondent des Pariser „Petit Journal“ meldet, daß die Mutter Trostis in Vatam festgenommen und nach Noworossk (Kaukasus) gebracht worden sei. Eine umfangreiche Korrespondenz, die von ihrem Sohne und den anderen holländischen Führern stammte, soll bei ihr vorgefunden worden sein.

Einseiner gegen Nationalisten. In Dublin drangen am Sonntagabend fünfzig bewaffnete Männer in die Räume der nationalistischen Zeitung „Irish Independent“, wo sie die Redakteure mit Revolvern bedrohten und die Maschinen zerstörten. Die Eindringlinge gingen, ohne behelmt zu werden, ab. Es wurde niemand verletzt. Man glaubt, daß dieser Überfall wegen der für die Sinnfeiner-Organisation ungünstigen Kommentare der Zeitung unternommen wurde.

Nationale Fische. Die Schiffer der Fischerfahrzeuge von Nordschottland haben beschlossen, sofort die Arbeit niederzulegen, wenn einem deutschen Fischerfahrzeug gestattet werden sollte, in Schottland Fische zu landen.

Industrie und Handel.

Börs.

An der Börse herrschte Fieberstimmung. Das Geschäft war außerordentlich ruhig, die Tendenz zunächst etwas schwach. Im Verlauf der Sitzung eine Erholung eintreten, die namentlich am Schiffahrtaktienmarkt zum Ausdruck kam, wo Hansa zu wesentlich höheren Kursen dem Markt entnommen wurden. Von Montanwerten waren speziell Obersch. Kohl begehrt und fest. Farbwerte waren weiter befestigt; auch für Rüstungswerte zeigte sich ziemlich gute Meinung. Kolonialpapiere waren im allgemeinen wenig verändert, teilweise waren Abschwächungen zu verzeichnen, so bei Ken-Guinea. Petroleumwerte verkehrten auf hohem Stand. Fremde Renten unbeachtet. Kriegsanleihen unverändert mit 7 1/2.

Groß-Berlin

Nach

Ein schönes Wort, nicht? Angeblich stammt es aus Hamburg, aber es hat sich hier bei uns so nett eingebürgert, so viele treue Freunde erworben, daß man ihm seine „Fremdwort“-Eigenschaft gar nicht mehr ansieht, nicht? In der Aussprache kann man die feinsten Nuancen vom zarten „nich“ bis zum groben „nich“ bemerken.

Es ist ein ganz gefährliches Ding, dieses „Nich“, anstehend wie die Pest (konst wäre es ja nicht so verbreitet, nicht?). Ich bürgte dir dafür, teurer Leser; verkehrst du viel mit „Nich“-Leuten, du lägst unweigerlich auch an zu „nichen“, wenn du nicht Gewalt gebrauchst und deine ganze Aufmerksamkeit und Willenskraft aufbietet, um nicht auch zu erkranken.

„Nich“, das soll ja heißen: „Nicht wahr?“, „Ist es nicht so?“ u. dgl. Es würde einem noch nicht so auf die Nerven fallen, wenn es wenigstens nur dort angewandt würde, wo es wirklich eine Frage bedeuten soll. Zum Beispiel: „Die neuen Steuern sind doch ungeheuer hoch, nicht wahr?“ („nich“?) Aber es wird vielfach auch ganz sinnlos zum Beispiel beim Erzählen von Vorgängen usw. gebraucht, die wir nicht kennen, und dertwegen wir also auch nicht gefragt werden können und nach Absicht des Erzählers es auch gar nicht sollen, wie zum Beispiel, wenn mir jemand erzählte:

„Neulich ging ich die Friedrichstraße entlang, nicht? Da kam ein Wagen gefahren, nicht? Der war ganz hoch mit Äpfeln beladen, nicht? und alle Augenblicke fiel ein Apfel herunter, nicht? und der Fahrer merkte nichts, nicht? Ja aber ging hinterher, nicht? und hob die Äpfel alle auf, nicht? Auf einmal kam ein Schatzmann, nicht?, der sagte, nicht?: „Sie wissen wohl nicht, nicht?, daß das Diebstahl ist, nicht?“ Da sagte ich: „Nun, ich dachte, nicht?, die Äpfel, die auf der Straße liegen, nicht?, kann jeder aufheben, der will, nicht?“

Einen besonderen Reiz verpreche ich mir davon, gute Erzählungen, beispielsweise eine Goethegeschichte, auf diese Weise zu „brücken“. Leider muß ich Raummangels wegen auf eine Probe verzichten. Aber es wird nach obigem Beispiel auch so jeder zu der Überzeugung gekommen sein, daß dieses schensüchtige „Nich“ in die Wolfschlucht geworfen werden muß, nicht? W. G.

Die Telephonnot.

Unter dieser Ueberschrift haben wir in Nr. 621 des „Vorwärts“ eine Zuschrift aus Beamtenkreisen veröffentlicht, die die außerordentlich starke Quantität der Beamten, von denen eine vor Ueberarbeitung zusammengebrochen sein sollte, kritisiert wurde. Am Schluß wurde gesagt: „Ob diese Menschenmehrmehrheit im Sinne des Herrn Reichspostministers ausgeht, möchte ich bezweifeln“.

Zu dieser Notiz ging uns ein Schreiben der Oberpostdirektion zu. Es wird darin bestritten, daß von den Beamten „Menschenmehrmehrheit“ verlangt wird, aber gleichzeitig wird zugestanden, daß die Arbeitslast gegenüber der Vorkriegszeit gewachsen ist. Wörtlich heißt es: „Da die Vorratsplätze bald belegt waren, mußten den alten Arbeitsplätzen immer noch mehr neue Teilnehmer aufgeführt werden... Einen anderen Ausweg gab es nicht...“

Die Behauptung, daß auf jeden Arbeitsplatz 200 und mehr Teilnehmer kommen, wird aber als irreführende Uebersetzung bezeichnet. Beim Personalrat Nordholz soll ferner nichts davon bekannt sein, daß Beamten am Platz vor Ueberarbeitung zusammengebrochen sind. Im Anschluß an diese Feststellung heißt es aber: „Einige wenige Fälle von Unwohlsein sind auf Unterernährung zurückzuführen gewesen und bei einem Amtebediensteten von 600 wöchentlichen Stunden wohl erklärlich.“ Ueber die Entlassung von Kriegsaushefterinnen wird gesagt, daß sie nach Maßgabe der Demobilisationsbestimmungen unter weitgehender unparterischer Rücksichtnahme stattgefunden habe. Bei 450 im März beschäftigten Aushefterinnen sind nur 85 entlassen und alle anderen, soweit sie nicht freiwillig ausgeschieden sind, in Beamtenentlassungen übergeführt worden.

Kadredirekt wird dagegen Protest eingelegt, daß man dem Amtsdirektor Menschenmehrmehrheit vorwirft. Wir bedauern unterdessen, die nach Meinung der Ober-Postdirektion ungenügendste Anweisung wiederzugeben zu haben, bemerken aber, daß selbst die Ausführungen der Ober-Postdirektion und nicht davon überzeugt haben, daß schwere Missetände im Telephonbereich bestehen und die Beamten eine gewaltige Arbeitslast zu bewältigen haben. Wenn die Leute ihrem Unwillen dann in so drastischer Weise Ausdruck geben, so ist es verständlich.

Die Freiheit der Frauen.

Pfarrer Goede von der Immanuelkirche, dem schon die Mitarbeiter Anlaß gab, die Eltern einiger seiner Konfirmandinnen Vagabundagen zu nennen, hat sich folgendes gelehrt: er läßt die Eltern, die Freunde der evangelischen Schule sind, mit Hilfe der Lehrer und Lehrerinnen auffordern, zu einer Versprechung über Elternbeiträge zu kommen und schreibt zu diesem Zweck: „Ich bitte die Herren Lehrer und Lehrerinnen ergeben, diese Einladung den Kindern bekannt zu geben und ins Schreibe eintragen zu lassen.“ Er bittet weiter die Herren Lehrer und Lehrerinnen der 88. Gemeindeschule um „einen Auszug der Schulleisten“ und bittet die Eltern, die die evangelische Schule und nicht, beziehungsweise, ins: „Ich bemerke, daß die Lehrerkollegen anderer Schulen diese Bitte gern erfüllt haben.“ — Wir wollen bei dieser Gelegenheit noch einmal die proletarischen Eltern darauf hinweisen, daß diese noch erfolgter Anmeldung ihrer Kinder vom Religionsunterricht grundsätzlich niemals zu einer Besprechung in die Schule gehen sollten. Die Frauen arbeiten planmäßig und eifervoll; nun wozu! tun wir daselbst auch für unsere Ueberzeugung.

In den Händen eines Verbrechters. Schon seit zwei Monaten ist die 15 Jahre alte Tochter Elisabeth des Händlers Birckholz aus der Kastanienallee 88 spurlos verschwunden. Alle Nachforschungen sind bisher erfolglos geblieben. Vor ihrer Flucht sah sie ihren Eltern den Betrag von 8000 M. Noch einigen Wochen erhielt ihre Mutter den Besuch eines Mannes, der sich ihr als Kriminalbeamter aus Frankfurt a. M. vorstellte und berichtete, ihre Tochter sei in Frankfurt angehalten und befände sich bereits auf dem Rückwege nach Berlin. Seine Behörde habe ihn vorausgeschickt, um den Eltern diese freudige Mitteilung möglichst bald zu machen. Scheinbar aus reiner menschlicher Teilnahme unterließ sich der angebliche Kriminalbeamte mit der Frau des weiteren über ihre Tochter und auch über die ganzen Verhältnisse der Familie, besonders fragte er auch, ob sie durch den letzten Streich der Tochter um ihr ganzes Vermögen gekommen sei, oder ob sie doch noch etwas gerettet habe. Frau Birckholz gab arglos jede Auskunft, mußte aber berichten, daß ihre Tochter die ganze Vorkasse mitgenommen und ihr nichts übrig gelassen habe. Als sie bei neuen Nachforschungen nach der Verschwindenden diesen Vorgang einem hiesigen Kriminalwachmeister mitteilte, ergab sich, daß der „Kriminalbeamte“ aus Frankfurt a. M. ein Schwindler gewesen war. Er ist etwa 30 bis 35 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 Meter groß, hat ein längliches, blaues Gesicht, hellblondes Haar und einen hellblonden kurzgeschneitten Schnurrbart und trägt einen hellgrauen, weichen Hut mit schwarzem Band, einen dunkelbraunen, wollenen Mäntel, eine braune Dose und schwarze Schnürstiefel. Das verschwindende Mädchen ist 1,50 Meter groß und kräftig gebaut, hat dunkelblondes Haar, ein fröhliches, rundes, volles Gesicht und blaue Augen und trägt bei seinem Weggang ein schwarzfarbirtes Kleid mit blauen Seidenärmeln, einen braunen, halblangen Wintermantel und eine schwarze Pelzmütze. Wer Angaben zur Ermittlung der Vermissten oder des fasschen Kriminalbeamten machen kann, wird ersucht, sich bei Bezirkswachmeister Gehrig im Zimmer 46 des Polizeipräsidiums zu melden.

Der Haushalt für die Große Berliner Straßenbahn wird jetzt zum ersten Male dem Zweckverband zur Beschlußfassung vorgelegt und zwar zunächst nur für das vierte Jahr Januar bis März 1920, weil hinsichtlich des Rechnungsjahrs für das durch den Zweckverband erwerbene Straßenbahnunternehmen mit April beginnen soll. Das Jahr 1919 wird, sagt die dem neuen Haushaltsplan beigegebene Begründung, trotz der letzten Tarifserhöhung einen Verlust betragen von über 18 Millionen Mark bringen. Die Vorschläge für das nächste Vierteljahr berücksichtigen schon die notwendige neue Erhöhung der Personalkosten, die zusammen mit der neuen Ertragssteigerung und anderen Mehrausgaben zu einer neuen Tarifserhöhung führt. Der Haushaltsplan schließt für das Vierteljahr in Einnahme und Ausgabe mit rund 8 1/2 Millionen Mark ab. Von der erwarteten Einnahmesumme sollen 60 Millionen auf die Personalerhöhung entfallen, wovon der neue 80-Pf.-Tarif zugrunde gelegt wird. Für das zu Ende gehende Rechnungsjahr Oktober bis Dezember 1919 wird die Einnahme aus der Personalerhöhung auf 43 Millionen geschätzt. An der erwarteten Ausgabensumme sind beteiligt: Ausgaben für Personal und 18 1/2 Millionen, sächsische Betriebsaus-

gaben etwa 22 1/2 Millionen (darunter hauptsächlich Stromkosten 10 1/2 Millionen, Wagenunterhaltung etwa 7 1/2 Millionen usw.), ferner Erneuerungen etwa 7 1/2 Millionen, Vergütung und Tilgung etwa 3 1/2 Millionen, Steuern, Abgaben und andere Lasten etwa 8 1/2 Millionen, Verschiedenes etwa 1 1/2 Millionen.

Trotz der vielen Haubüberfälle gibt es immer noch Leute, die leichtsinnig genug sind, Riesensummen ohne genügende Sicherung mit sich zu führen. Das Resultat ist dann sehr oft: verloren oder geraubt! Neulich erst wurde einer Frau in Treptow eine Handtasche mit 100 000 M. gestohlen, und am Montag bemerkte eine Frau aus Charlottenburg plötzlich auf der Straßenbahn, daß ihre Handtasche verschwunden war. Diese enthielt 275 000 M. in Tausendmarkscheinen und in einer rotledernen Brieftasche einen Scheck über 226 000 M. auf die Reichsbank und noch etwa 3000 bis 4000 M. in kleineren Geldscheinen. Sie hatte bereits mehrere Straßenbahnlinien benutzt und weiß nun nicht, ob sie die Tasche irgendwo verloren hat oder ob sie ihr gestohlen worden ist.

Die Ueuerung der Gasautomaten soll zunächst monatlich erfolgen. Wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, geschieht das aber leider sehr oft nicht. Und sind Fälle bekannt, in denen Leute zwei bis drei Monate auf die Ueuerung haben warten müssen. Das bedeutet speziell für Arbeiterfamilien eine große Härte, denn die Ratschläge erreichen in zwei bis drei Monaten die Höhe von 80 bis 40 M. Diese mit einem Mal zu bezahlen fällt natürlich vielen Leuten sehr schwer. Um dem Unwillen der Gasautomatenbesitzer zu steuern, werden die ausländigen Stellen gut tun für eine regelmäßige monatliche Ueuerung der Gasautomaten Sorge zu tragen.

Poltschaberkehr. Vom 1. Januar ab ist die Zahlstelle des Postverkehrs von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags ununterbrochen geöffnet.

Rechtsanw. Die Stadtverordnetenversammlung (siehe den Bericht in der heutigen Morgenausgabe) dauerte gestern in ihrem öffentlichen Teil noch bis Mitternacht. Aus den Verhandlungen sind ein paar der wichtigsten Beschlüsse nachzutragen. Die lange erwartete Gehaltsregelung für die Beamten und dauernd angestellten und für die Lehrer wurde einstimmig genehmigt. Sie ist in der Hauptsache den Vereinbarungen der Groß-Berliner Gemeinden angelehnt. Den Lehrern muß wegen der Bestimmungen des noch geltenden Lehrerbeförderungsgesetzes die Gehaltsaufbesserung einweisen in Form einer „Beihilfe“ gewährt werden. Am 11 Uhr nachts begann nach einer langen Debatte über den Ortsauszug für Jugendpflege, an dessen schon vor sechs Monaten geforderte Auflösung die Unabhängigen erinnerten. Die Jugendwohlfahrt-Rechtsanw. wird jetzt in dem Jugendamt zusammengeführt, für das gestern der Magistrat einen ausführlichen Ausbauplan vorlegte. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte, daß dem Ortsauszug selbstverständlich keine Gelder mehr bewilligt werden dürfen. Die Vorlage über das Jugendamt, das Jugendpflege, Jugendfürsorge, Vormundschaft, Waisenspflege umfassen soll, wurde genehmigt.

Teget, Gemeindevorstand. Betreffs Dienstkostenentschädigung für den Gemeindevorstand und der Reiseentschädigung für die Beamten wurde beschlossen, für die unbefoldeten Gemeindevorstandsmitglieder 1200 M. pro Jahr zu zahlen, für die Beamten 10 M. pro Tag. Die Gehälter für die Beamten und Lehrpersonen der Gemeinde wurden nach den Vorschlägen der Justizkommission beschlossen und die Eingruppierung demgemäß vorgenommen. Der Bürgermeister erhält Anfangsgehalt 24 000 M., der Beigeordnete 18 000 M., die selbständigen Deputierten und der Rat je 11 000 M. Die höheren Beamten wird eine Dienstlohn- und Reiseentschädigung bei Reisen in Groß-Berlin nicht mehr gewährt.

Für die technischen Anstellungen wurde ebenfalls dem Berliner Tarifvertrag angelehnt. Der Kredit bei der Girozentrale wird von 3 auf 4 Millionen Mark erhöht. Mit dem Wohnungverband wird ein Vertrag abgeschlossen, in dem die Bedingungen des Verbandes festgelegt sind und in dem die Art der Zahlung des Zuschusses geregelt wird. Einer neuen Friedhofordnung, die nach modernen Grundsätzen entworfen ist, wird zugestimmt. Erbengrabbnisse werden neu nicht mehr genehmigt. Die Grabstätte ist frei, die Beerdigung ebenfalls, der Grabhügel wird von der Gemeinde mit Kosten belegt usw. Die Vereinskommision wird nach dem Verhältniswahlsystem gewählt: S. P. D. 6, U. S. P. 6, Bürgerliche 4 Sitze.

Für Erwerbstlose, die in den letzten 3 Monaten länger als 4 Wochen arbeitslos waren, werden als Weihnachtshilfe für Verheiratete 50 M., für Unverheiratete 30 M. bewilligt mit der Maßgabe, daß diejenigen, die am 24. Dezember 4 Wochen hintereinander gearbeitet haben, nichts erhalten. Dasselbe Unterstützung wird allen Einwohnern gewährt, die Armenunterstützung beziehen; für Kinder wird nichts gewährt, da diese schon befristet wurden. Für die 700 Kranken des Reservelazarett Teget werden 2000 M. zur Weihnachtshilfe bewilligt. Zur Grundbesitzersteuer soll ein Zuschlag von 1/2 v. H. erhoben werden, da der Preis ebenfalls 1/2 v. H. erhoben wird. Für Einrichtung von hauswirtschaftlichen Fortbildungskursen für erwachsene weibliche Personen werden 5000 M. bewilligt.

Fußball. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß einen Zuschuß für das Schauspielhaus und stellte zur Deckung des Fehlbetrages, der durch den Sommerspielplan entstanden war, und in Anerkennung der künstlerischen Bühnenleitung und Intendantur den Betrag von 8000 Mark zur Verfügung. In derselben Sitzung wurde gegen den Widerspruch des größten Teils der Rechtsden unbefoldeten Stadträten eine jährliche Aufwandsentschädigung von 3000 Mark bewilligt. Die Versammlung beschloß außerdem noch eine Erhöhung des Straßenbahnzinses, eine Erhöhung des Schulgeldes für die städtischen mittleren und höheren Schulen und die Anstellung der Feuerwehrlente als Beamte auf Privatdienstvertrag.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Wankow. Der Fleischverkauf findet bereits am Dienstag und Mittwoch statt. 100 Hochgewicht gelangen 250 Gramm ausl. Vindergeschlechts Fleisch zur Ausgabe.
Milchmehl. 125 Gramm Kartoffelstärke (50), 100 Gramm Polken (57), 100 Gramm Runkeln (58), 125 Gramm Reis (59), 1 Teil Wasser (H. II a-Rückstand). Auf Nachmittags 250 Gramm Reis (59), 1 Teil Wasser. Für Kinderbeihilfe 250 Gramm Teigwaren oder Graupenmehl. Jugendliche 100 Gramm Reis (50).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

25. Udt. Weihnachtfeier am 1. Feiertag nachm. 5 Uhr in den „Kuhle-Ziten“, Neue Königsstr. 16. Künstlerische Kulldührung, Verlosung, Tanz. Billetts 1 M. bei den Herren Oberl., Eisinger Str. 49, Wollstein, Liegnamstr. 5, und an der Abendkasse.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstaltet drei Vorträge medizinischer Verhältnisse in seinem großen Vortragssaal am 19., 20. und 21. Januar. Einlaßkarten zum Preise von 2,50 M. für den städtischen Abend oder von 5 M. für die Gesamtveranstaltung sind vom 8. Januar in der Geschäftsstelle Berlin W 35, Potsdamer Str. 120, zu beziehen.

Aus aller Welt.

Zugzusammenstoß. Nach einem Telegramm aus Montreal ist ein Zug mit Zwischendeckpassagieren des Dampfers Empress of France mit einem Güterzug zusammengefahren. Bis jetzt wurden 15 Tote und viele Verwundete gezählt.

